

**Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung**

Deutscher Bundestag
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache
18(12)102

06.05.2014 - 18/576

1110-3

Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
zum Entwurf des Einzelplans 14

- Einzelplan 14 -

Je 6/5

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Wir fordern die Bundesregierung auf, fortlaufend zu evaluieren, inwiefern die bestehenden Mittel der Härtefall-Stiftung ausreichend sind, um dem Ziel des Bundestagsbeschlusses „Ausgleich für Radargeschädigte der Bundeswehr und der ehemaligen NVA“ gerecht zu werden, und dementsprechend zeitnah Vorschläge zur Anpassung vorzulegen.

Die Stiftung selbst ist kein Ersatz für eine angemessene Entschädigung der durch ionisierende Strahlen geschädigten ehemaligen Soldaten. Wir fordern die Bundesregierung auch weiterhin entschieden dazu auf, mit Entschädigungsanträgen unbürokratisch und wohlwollend zu verfahren. Darüber hinaus muss die Bundesregierung eine Anerkennung nicht-karzinogener Erkrankungen als Folge von Radarstrahlen wohlwollend prüfen und in diesem Zusammenhang wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich berücksichtigen.

Berlin, den 07.05.2014

Agneszka Brugger Tobias Lindner Doris Wagner

Agneszka Brugger MdB

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB